dfi aktuell

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Was nun? Deutsch-französische Agenda nach der Bundestagswahl – *Seite 1*

dfi information

Programm für Nachwuchsjournalisten – *Seite 4*

Was muss passieren, damit junge Franzosen zur Ausbildung nach Deutschland kommen? – *Seite 5*

Internationaler Workshop zu nachhaltiger Stadtentwicklung – *Seite 6*

Du hast Ideen zu Umwelt, Mobilität und Partizipation in Europa? Lass sie hören! – *Seite 7*

Dokumentation zu den einzelnen Modulen des Projekts „Bildungskoffer“ – *Seite 7*

Büro Paris – *Seite 7*

Führung am Tag des offenen Denkmals im Deutsch-Französischen Institut – *Seite 8*

Deutsch-Französische Sommerschule an der Universität Speyer – *Seite 9*

Buchvorstellung in Brüssel – *Seite 9*

Delegation der Fondation Nationale Entreprise et Performance beim dfi – *Seite 10*

dfi service

Unternehmen und deutsch-französische Beziehungen – *Seite 10*

Das Forum: deutsch-französisches must-go – *Seite 11*

Abschlusserklärung des 58. Jahreskongresses der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften – *Seite 11*

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg **Ausgabe 4|2013**

Was nun? Deutsch-französische Agenda nach der Bundestagswahl

dfi analyse

Für einige Zeit schien sich die französische Regierung in der Hoffnung zu wiegen, die Bundestagswahl könnte eine rot-grüne Mehrheit zutage fördern und somit die Regierungszeit Angela Merkels beenden. Diese Hoffnung war von Anfang an eher eine Illusion, und so haben sich François Hollande und die Regierung unter Premierminister Ayrault auf die Bundeskanzlerin als alte und neue Gesprächspartnerin eingestellt. Das Ergebnis der Bundestagswahl birgt aber auch die Möglichkeit, dass am Ende Minister der aus Sicht der französischen Regierung befreundeten SPD am Kabinettstisch in Berlin sitzen – an den großen Linien der deutschen Politik wird dies allerdings nicht viel ändern. Für die deutsche wie für die französische Regierung wird es nun darum gehen, die vielen ungelösten Probleme und offenen Fragen in Europa anzupacken. Ausreden wie den Hinweis auf Wahlen gibt es keine mehr, die Welt erwartet von Europa weitere Schritte zur Stabilisierung der Euro-Zone und die Europäer selbst warten auf Impulse für Wachstum ebenso wie auf einen konsequenten Konsolidierungskurs. Keine leichte Situation, vor allem angesichts weiterhin erheblicher Meinungsunterschiede, was Prioritäten, Geschwindigkeit und Methode bei der Bearbeitung der wichtigsten Fragen angeht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel und der französische Staatspräsident François Hollande beim Festakt anlässlich des 150. Geburtstages der SPD im Gewandhaus in Leipzig (Sachsen). Quelle: Thomas Peter/dpa

Die Bankenunion ist beschlossene Sache – aber es bleiben viele Details zu klären, um die Lasten bei der Lösung möglicher Schieflagen einzelner Banken so zu verteilen, dass die Bürger zumindest ansatzweise das Gefühl haben, es gehe gerecht zu. Der soeben erst begonnene Wettlauf um Einfluss auf das Kontrollgremium bei der EZB zeigt, dass die neue Struktur erst noch ihre Unabhängigkeit wird beweisen müssen.

Die Frage der gerechten Lastenverteilung wird auch bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Staaten eine Rolle spielen, die sich unter dem europäischen Rettungsschirm befinden. Ein weiterer Schuldenschnitt oder ein weiteres Hilfspaket für Griechenland wird schon bald ein Thema sein – mit zumindest möglichen weiteren Leistungen, die nicht nur den deutschen Bundeshaushalt belasten würden. Der Ruf nach mehr Solidarität wird nicht verstummen, und auf deutscher Seite wird man an der Forderung nach Strukturreformen festhalten – unterstützt durch diejenigen Länder der Euro-Zone und der gesamten EU, die selbst mühsame Haushaltsdisziplin geübt haben.

In dieser Konstellation tritt das Kernproblem zutage, das schon seit einiger Zeit die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen belastet: die beträchtliche Asymmetrie zwischen der deutschen und französischen Wirtschaftsleistung

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

und zwischen den Zuständen der öffentlichen Haushalte in beiden Ländern. Ein weiter ansteigendes Staatsdefizit in Frankreich – weitgehend ausgewogene öffentliche Haushalte in Deutschland. Extrem defizitäre soziale Sicherungssysteme in Frankreich – erhebliche Überschüsse auf der deutschen Seite. Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit (vor allem bei den Jugendlichen) und Schließungen von Produktionsstätten in Frankreich – wachsender Fachkräftemangel und geringe Arbeitslosigkeit in Deutschland. Dieses Ungleichgewicht hinterlässt Spuren in der politischen Debatte und macht die Zusammenarbeit nicht leichter. Dabei ist der momentane Zustand ja nicht naturgegeben. Deutschland hat vor etwa 10 Jahren eine Phase gekannt, in der alle europäischen Partner (allen voran die Franzosen) sorgenvoll auf den „kranken Mann Europas" schauten und die Genesung der europäischen Wirtschaftslokomotive herbeisehnten – damals wurden von Deutschland Reformen und kollektive Anstrengungen eingefordert. Und die deutsche Politik und Gesellschaft haben sich 2003 auf einen Reformkurs begeben, der mit Einschnitten für viele verbunden war, insgesamt aber eine positive Dynamik entfaltet hat. Vor diesem Hintergrund ist es völlig legitim, wenn die EU die französische Regierung nun ihrerseits auf die erforderlichen Reformschritte im Gegenzug zur Duldung zu hoher Neuverschuldung hinweist, auch wenn die etwas oberlehrerhafte Form der unbequemen Botschaft nicht eben von Eleganz geprägt war.

Die Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich erschwert Kompromisse, weil die Gereiztheit groß ist und Frankreich aus der Position der Schwäche heraus handelt. Dies führt zu einem leider nicht aussterbenden Reflex einiger Politiker, der deutschen Regierung (und ihrer Stabilitätspolitik) die Schuld an der eigenen Schwäche zu geben und im gleichen Atemzug nach deutschem Geld zu rufen. Besonders gerne äußert sich der schillernde Minister Montebourg in diesem Sinne, letztlich mit der Forderung, Deutschland solle sofort einen allgemeinen und gesetzlich fixierten Mindestlohn einführen, weil so die aus seiner Sicht allzu großen Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit reduziert würden. An solchen Phänomenen lässt sich ablesen, wie angespannt die Situation ist und wie schwer es sein wird, in den oben genannten Feldern zu gemeinsamen Positionen zu kommen.

Slogan der Europawahl am Gebäude des Europäischen Parlaments. Quelle: flickr

Die Situation in Frankreich wird auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin als stiller Gast am Tisch sitzen. Denn die Bundesregierung, übrigens ganz gleich in welcher Koalition, wird in den kommenden Jahren mit den europäischen politischen Kräfteverhältnissen umgehen müssen. Und da sieht es eher kompliziert aus. Italien hat sich zwar erfreulicherweise politisch stabiler erwiesen als zu befürchten war, aber die Regierung Letta wird nach Wachstumsimpulsen rufen (müssen), nachdem sie harte Einsparungen durchgesetzt und die Defizitregeln der EU eingehalten hat. Griechenland, Portugal und Spanien mit seinen Banken sind ohnehin Sorgenkinder der Euro-Zone. Die britische Regierung wird mit der eigenen Haltung zur EU ebenso beschäftigt sein wie mit dem schottischen Referendum. Und so bleiben die vielen zwar wichtigen aber eben doch kleineren Staaten im Norden und Osten der EU – und Frankreich. An einer Verständigung mit der notleidenden französischen Regierung führt kein Weg vorbei. Daher sollten bei den Koalitionsverhandlungen durchaus im Hinterkopf die Erwartungen der wichtigen Partner in Europa präsent sein. Was die SPD und nur wenig unterschiedlich auch die Bundeskanzlerin fordern, nämlich bedeutende Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, kommt den schon lange anhaltenden Rufen nach Wachstumsimpulsen entgegen. Ein zweiter Punkt dürfte sowohl in Berlin als auch in Paris und Brüssel schnell konsensfähig sein: wirksame gemeinsame Instrumente gegen die teils extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas. Ob der kürzlich verbreitete Vorschlag einer europaweiten Arbeitslosenversicherung für Jugendliche, in die vor allem die deutschen Steuerzahler einzuzahlen hätten, der richtige Weg ist, mag man bezweifeln. Ein Weg aber, der allen Europäern zeigt, dass die EU in dieser sozial sehr spannungsreichen Problematik gemeinsam handlungsfähig ist, könnte ein wichtiger Beitrag zum Zusammenhalt der EU sein.

Darüber hinaus steht eine Reihe von entscheidenden Weichenstellungen auf der europäischen Ebene an, bei denen deutsch-französische Führung im Rahmen der Gemeinschaftsinstitutionen gefragt ist. Hier wird es nicht genügen, sich auf die „Verteidigung nationaler Interessen" zu be-

Fortsetzung auf Seite 3

Die französische Industrie kämpft um Wettbewerbsfähigkeit. Ein ▶ Film aus dem Ministerium „Le redressement productif" preist die Errungenschaften französischer Erfinder.

Das Europäische Parlament. Quelle: flickr

Fortsetzung von Seite 2

schränken – die beiden größten und einflussreichsten Mitgliedstaaten haben hier die Aufgabe, Visionen und Perspektiven für die Europäische Union als Ganzes zu formulieren. Neben der erwähnten Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion hat die Flüchtlingstragödie vor Lampedusa einmal mehr die Dringlichkeit eines europäischen Asyl- und Immigrationsrechts verdeutlicht. Dieses ist in Europas eigenem Interesse, was die beiden Mitgliedstaaten Frankreich (Immigration und gesellschaftliche Kohäsion) und Deutschland (Demographie) einschließt. Die mit viel Aufwand betriebene Errichtung eines Europäischen Auswärtigen Diensts steht ebenfalls in keinem Verhältnis zur völligen Abwesenheit europäischer Außenpolitik in den jüngsten weltpolitischen Umbrüchen, nicht zuletzt in Syrien.

Ähnlich könnte man im Bereich der Energiepolitik argumentieren. Auch hier verlangt ein de facto national nicht mehr regulierbarer Markt nach europäischen Regelungen – im nationalen Eigeninteresse eines jeden Mitgliedstaats und seiner Bürger (aber nicht unbedingt im Interesse mächtiger Energieunternehmen und ihrer Lobbyisten). Hier kommt sogar noch die gemeinsame Abhängigkeit von einem externen Partner (Russland) hinzu.

Das gilt ebenso für den Telekommunikations- und Mobilfunkmarkt. Auch hier scheint es, als stünden quasi-staatliche Monopolisten oder nach der Marktöffnung entstandene Oligopole, die die Nähe ihrer nationalen Regierungen zu schätzen wissen, europäischen Lösungen im Sinne der Verbraucher im Wege, während sich die EU als Ganzes hilflos der Marktmacht großer amerikanischer Software und Telekommunikationsriesen gegenübersieht (Amazon, Google, Apple...). Dabei existiert mit Microsoft (von der EU-Kommission zu einer Rekordstrafe von 900 Millionen € gezwungen) sogar ein Beispiel, das zeigt, dass europäische Instrumente in diesem Bereich existieren und wirksam eingesetzt werden können.

Man könnte das Argument der gegenseitigen Abhängigkeit aber auch für die gemeinsame Landwirtschaftspolitik nutzen, die schon seit langem dadurch geprägt ist, dass nationale Interessengruppen und –verbände über ihre Regierungen einen europäischen Kompromiss im Sinne der Verbraucher und im Sinne der Natur verhindern. Es steht zu befürchten, dass eine ähnliche Konstellation auch die Verhandlungen um eine Freihandelszone mit den USA beeinflussen und der EU-Kommission als Verhandlungsführerin auf europäischer Seite nur minimalen Spielraum lassen wird. Alle diese Beispiele zeigen, dass vor allem die größeren Mitgliedstaaten sich nicht auf die Verteidigung ihrer nationalen Interessen in Europa beschränken können – sondern vielmehr die Aufgabe haben, politische Orientierung für ganz Europa zu entwickeln und das europäische Gemeinwohl in ihrem Handeln mitzudenken.

In dieser Situation scheint es in der Tat wichtig, dass sich neben den Regierungen die anderen EU-Organe ihrer Verantwortung bewusst werden. Auch hier können deutsch-französische Kooperationen europäische Lösungen voran bringen. Dies gilt etwa im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2014 sowie auf die Ernennung einer neuen Kommission, bei der das Europäische Parlament ein viel entscheidenderes Wort mitzureden haben wird als bisher. Bei den anstehenden Personalrochaden um die Brüsseler Spitzenjobs gäbe es so zum ersten Mal die Möglichkeit, einer nationalstaatlichen Logik eine parteipolitische Logik entgegen zu setzen. Dies würde jedoch grenzüberschreitende Absprachen, bspw. zwischen den konservativen Abgeordneten der Europäischen Volkspartei oder zwischen den Genossen der S&D (Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament) voraussetzen. Damit könnte es auch gelingen, im Vorfeld der Europawahl die Bedeutung dieser Wahl zu verdeutlichen und die Bürger dafür zu interessieren.

Mit einer politischen Mehrheit im Europaparlament, sowie mit einem „Regierungsprogramm für Europa“ ausgestattet, könnte vor allem die Europäische Kommission so endlich wieder ihrer ureigenen Rolle nachkommen: am europäischen Gemeinwohl orientiert Kompromisse und Gesetzesvorschläge für alle europäischen Bürger auszuarbeiten. Deutschland und Frankreich könnten sich im Vorfeld der Europawahl auf einen Forderungskatalog einigen, den sie an die kommenden EU-Parlamentarier und vor allem an die neue Kommission – und den neuen Kommissions-Präsidenten – richten. Dies würde keine Kosten verursachen, wohl aber politische Aufmerksamkeit wecken, vielleicht sogar den sonst eher müden EU-Wahlkampf beleben. Und ganz nebenbei würde diese Übung beide Regierungen zwingen, sich über die Prioritäten zu verständigen, auch wenn die politischen Optionen noch keinen Kompromiss erkennen lassen. Mit solch einem Vorstoß könnten zumindest diejenigen Kritiker eines Besseren belehrt werden, die den so oft beschworenen deutsch-französischen Motor als verschlissen bezeichnen.

Der noch zu schließende Koalitionsvertrag wird also auch ein Regierungsprogramm im europäischen Kontext sein. Zurecht schauen die anderen europäischen Regierungen nach Berlin. So wie die Bundesrepublik durchaus im Rahmen der bestehenden europäischen Gemeinschaftsinstitutionen und auch im Europäischen Rat ihre Standpunkte geltend macht und sich somit in die Angelegenheiten anderer Länder einmischt, sind auch die Standpunkte der europäischen Partner für die deutsche Politik von unmittelbarem Einfluss. Diese wechselseitige Abhängigkeit ist eine Folge der europäischen Integration, und sie ist gewollt. Allerdings verlangt diese Situation Augenmaß und Respekt von allen Beteiligten. Es wäre gerade der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu wünschen, dass Argumente ihren Platz finden und nicht die alten nationalen Reflexe eine Diskussion der Sachprobleme behindern.

Frank Baasner ➲ baasner@dfi.de

Programm für Nachwuchsjournalisten – bereits zum achten Mal

Bereits zum achten Mal organisierte das dfi sein von der Robert Bosch Stiftung finanziertes Programm für Nachwuchsjournalisten. In diesem Rahmen ging es für acht junge deutsche und tunesische Journalisten vom 29. September bis zum 5. Oktober 2013 nach Paris, wo ein einwöchiges Seminar stattfand. Wirtschaftsaufschwung, Schule und Laizismus, sowie Frankreichs „kulturelle Ausnahme" in Europa standen auf dem Programm des Seminars.

Am ersten Tag wurde das Seminar eröffnet und das Programm vorgestellt. Der 30. September begann mit einer Debatte zu den Themen „Schule" und „Laizismus", wobei Professorin Hélène Miard-Delacroix der Gruppe einen geschichtlichen Einblick in das Konzept sowie dessen Ursprünge präsentierte. Die Professorin berichtete von den verschiedenen Schwächen des französischen Bildungssystems, wie etwa der gesellschaftlichen Exklusion bestimmter Schichten und den Schwierigkeiten der Elitenbildung in den sogenannten „Grandes écoles". Der Präsident des Hohen Rates für Laizität in Frankreich, der in Ludwigsburg gut bekannte ehemalige Minister Jean-Louis Bianco, ergänzte, dass das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche in den Schulen einen geschützten öffentliche Raum schaffen solle, und nicht als Instrument der Diskriminierung wahrgenommen werden dürfe. Die Teilnehmer konnten an diesem ersten Tag noch mit Monsieur François de Closets bei einem gemeinsamen Mittagessen über seine lange Karriere als Journalist und Schriftsteller von über 20 Büchern sprechen.

Der Besuch der Redaktion „Est Bourgogne Rhone-Alpes (EBRA)" war erstes Ziel für den dritten Tag (1. Oktober). Nach dem Empfang durch den

Die Teilnehmer des Programms. Quelle: dfi

Chefredakteur der Mediengruppe, Pascal Jalabret, blickten die Teilnehmer hinter die Kulissen des größten Zusammenschlusses von Regionalzeitungen Frankreichs. Das Ereignis des Tages war das gemeinsame Essen mit George Pau-Langevin, Ministerin für Schulerfolg im Bildungsministerium. Die Gruppe debattierte über Reformen und Verbesserungen im französischen Bildungssystem, sowie über das Thema Laizismus in Schulen. Beim gemeinsamen Essen beantwortete Frau Ministerin, in Begleitung ihrer Berater, die Fragen der jungen Teilnehmer. Am Abend war noch Gelegenheit zu einer Diskussionsrunde über „l'Allemagne après les élections", gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Fondation Jean-Jaurès organisiert. Von den Rednern wurden die verschiedenen Aspekte des deutschen Wahlergebnisses diskutiert und dann Ideen für zukünftige gemeinsame Initiativen debattiert.

Der vierte Seminartag wurde von den Teilnehmern zum „Tag der Medien" ernannt. Zwei Besuche standen auf dem Programm: Die renommierte Journalistenschule von Sciences Po und die Nachrichtenagentur „Agence France Presse" (AFP). Von M. Bruno Patino, dem Vizedirektor der öffentlichen Sendergruppe „France Televisions" und Direktor der Journalistenschule, bekamen die Teilnehmer einen Einblick in die Transformation der Fernsehlandschaft sowie den Einfluss des Internet. M. Patino erläuterte ebenfalls die Herausforderungen für die öffentlichen Medien, für die der Anpassungsdruck besonders hoch ist.

Bei AFP wurden die Teilnehmer von Uta Tochtermann empfangen, die die Arbeit der Agentur präsentierte. Die stellvertretende Direktorin sprach über die verschiedenen Informationssysteme, die auf unterschiedliche Weise die Aufbereitung und Verbreitung von Neuigkeiten ermöglichen. Eine Führung durch die Redaktionen der Agentur durfte nicht fehlen. Zur allgemeinen Überraschung wurde die Gruppe von zwei Ehemaligen des dfi-Programms empfangen – dies zeigt, wie weit schon die Verknüpfung zwischen Ehemaligen des Programms, den aktuellen Teilnehmern, sowie den großen Redaktionen gediehen ist.

Am Donnerstag, dem fünften Tag, standen sechs Treffen auf dem Programm, der vollste Tag! Er begann mit einem Gespräch mit Eric Marquis, dem Generalsekretär der nationalen Journalistengewerkschaft. Nach einer Präsentation über die Arbeitswelt der Medien in Deutschland, Frankreich und Tunesien wurde von den Teilnehmern die Situation der Journalisten und des Pressesektors der drei Länder verglichen. Sie gingen vor allem auf den Zugang zum Presseausweis sowie auf die aktuellen Schwächen des Journalismus ein.

Anschließend war Gelegenheit, den größten Privatsender Europas, TF1, zu besichtigen. Die jungen Journalisten verfolgten das Geschehen hinter den Kulissen der 13-Uhr-Nachrichten und nahmen an der Redaktionskonferenz der 20-Uhr-Nachrichten teil. Gilles Bouleau, Moderator und Chefredakteur der 20-Uhr-Sendung, unterhielt sich mit den jungen Journalisten über seine Erfahrungen und erklärte die Arbeitsmethoden, die er sich bei diesem Kanal angeeignet hat.

Im Anschluss an das Mittagessen bei TF1 trafen wir den Unternehmer Denis Payre, zweimal vom Harvard Business Magazin zum Manager des Jahres gekürt und erfolgreicher Gründer von mehreren Start-ups. Er erläuterte, warum der

Fortsetzung auf Seite 5

Mme Fleur Pellerin (7. v. l.), Ministerin für kleine und mittlere Unternehmen, Innovation und New Economy. Quelle: dfi

Was muss passieren, damit junge Franzosen zur Ausbildung nach Deutschland kommen?

Staatsministerium beauftragt das dfi und weitere Partner mit Studie zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung

Die Themen Berufsbildung und Beschäftigung junger Menschen am Oberrhein bestimmen maßgeblich die Agenda deutsch-französischer Zusammenarbeit im 50. Jubiläumsjahr des Élysée-Vertrags. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit auf französischer Seite und der schmerzhafte Mangel an Fachkräften in Deutschland zwingen die Akteure zum Handeln.

Ein Austauschprogramm zur grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung wurde bereits beschlossen. Es soll helfen, im Grenzgebiet neue Wege zu beschreiten. Pilotregion ist der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau mit 860.000 Einwohnern. Zum Eurodistrikt gehören die französische Stadtgemeinschaft Strasbourg (CUS), der deutsche Ortenaukreis sowie die fünf Großen Kreisstädte im Ortenaukreis: Achern, Kehl, Lahr, Oberkirch und Offenburg. Ein wichtiger Schritt, um schon bald konkrete Empfehlungen für das Austauschprogramm geben zu können, war die Expertenanhörung am 20. September 2013 im Euro-Institut in Kehl. Gut zwei Dutzend Vertreter aus Wirtschaft, Kammern und Verbänden, aus der Verwaltung und den Arbeitsagenturen im deutsch-französischen Grenzgebiet haben teilgenommen. Sie schilderten ihre Erfahrungen (Was läuft gut? Was ist schwierig? Was klappt gar nicht?) und machten Vorschläge, wie der Wechsel über den Rhein leichter vonstatten gehen könnte.

Die Ergebnisse der Anhörung finden unmittelbar Eingang in die wissenschaftliche Studie, die das dfi in Ludwigsburg in Zusammenarbeit mit dem deutsch-französischen Euro-Institut in Kehl und mit Strasbourg conseil in Straßburg bis Anfang 2014 dem Staatsministerium vorlegen wird.

Brigitte Veit ➲ veit@dfi.de

Die mitwirkenden Institutionen des Projekts.

Studie zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt

Wer ist bereit, eine Arbeit „auf der anderen Seite“ des Rheins anzunehmen? Wer findet dort Arbeit? Und welche Bedingungen erschweren oder vereinfachen diesen Schritt? Diesen Fragen geht das dfi derzeit in einer Studie nach, die gemeinsam mit dem Euro-Institut Kehl und Strasbourg Conseil durchgeführt wird. In einem ersten Schritt wendet sich die vom Staatsministerium Baden-Württemberg finanzierte Studie an Bürger im Elsass. Diese können hier an einer Umfrage im Internet teilnehmen:
➲ http://www.strasbourg-conseil.com/emploi_transfrontalier.4133.html

web

Fortsetzung von Seite 4

Sektor der New Economy in Frankreich dynamischer und kreativer als in Deutschland ist. Der Wettbewerbsvorteil, den Frankreich hier hat, kann für Payre durch die staatlichen Rahmenbedingungen in diesem Bereich nur zum Teil erklärt werden – vielmehr sieht er die kreative Zivilgesellschaft Frankreichs als Urheber des Erfolgs. Naturgemäß sah die folgende Referentin, Ministerin Fleur Pellerin, diesen Zusammenhang anders. Sie empfing die Teilnehmer im mächtigen Wirtschafts- und Finanzministerium an der Rue de Bercy. Als Ministerin für kleine und mittlere Unternehmen, Innovation und New Economy, erläuterte sie die Strategie der Regierung, um die Unternehmen in diesem Bereich zu schützen und ihnen strategische Unterstützung zu gewähren. Der Abend endete in einer typisch Elsässer Brasserie, bei einem Treffen mit Jean-Francois Kahn, dem legendären Gründer des Meinungsmagazins Marianne. Beim Abendessen konnten sich die Teilnehmer davon überzeugen, dass Kahn nichts von seiner Meinungsfreude, seinem Esprit und seiner Angriffslust eingebüßt hat. Freitag war sechster und letzter Tag des Seminars in Paris.

Mme George Pau-Langevin (3.v.l.), Ministerin für Schulerfolg. Quelle: dfi

Die Teilnehmer besuchten den Think Tank für politische Innovation FONDAPOL. Dessen Direktor, Professor Dominique Reynié, legte seine Sichtweise auf Politik, ökonomische Reformen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Frankreich dar. Zum Redaktionsschluss am Nachmittag trafen sich alle Teilnehmer an ihren Computern zu einem französischen Schreib-Workshop, der von Jean Baptiste Chastand und David Courbet, zwei Ehemaligen des Programms für Nachwuchsjournalisten, angeleitet wurde. Zum Seminarende gab es schließlich noch einen kulturellen Ausflug in die Straßen von Paris. Der Abschied am Samstag endete für die meisten Teilnehmer mit der Vorfreude auf ihre Praktika, die am Montag nach dem Seminar begannen.

Marwa Mehri (tunesische Teilnehmerin am Programm für Nachwuchsjournalisten)

Internationaler Workshop zu nachhaltiger Stadtentwicklung

Begrüßung der Teilnehmer durch Prof. Dr. Frank Baasner (6.v.l.). Quelle: dfi

Auf Initiative der Wüstenrot Stiftung und des dfi trafen sich am 10. und 11. Oktober 2013 knapp 20 kommunale Vertreter aus Frankreich, Deutschland und Italien in Berlin, um sich über nachhaltige Stadtentwicklung auszutauschen.

Die Themen Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zählen zu den großen Fragen unserer Zeit. Auf globaler Ebene kommen die Verhandlungen zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes aber nur sehr schleppend voran. Daher ist in den letzten Jahren zunehmend die Erkenntnis gereift, dass es vor allem dort anzusetzen gilt, wo die meisten Emissionen anfallen: in den Städten. Diese Feststellung ist umso wichtiger, als sich der aktuelle Trend der Urbanisierung weltweit fortsetzen wird.
Nachhaltige Stadtentwicklung ist entsprechend in aller Munde – zunächst einmal aus purer Notwendigkeit. Oft wird aber auch auf die Chancen verwiesen, die damit verbunden sind: Kommunen und Kommunalverbände können vor dem Hintergrund des zunehmenden Wettbewerbs der Städte und Regionen durch die Verfolgung nachhaltiger Politik ihre Attraktivität steigern. In den Industriestaaten Europas erhoffen sich nicht zuletzt die vom Strukturwandel betroffenen Städte neue Wachstumsimpulse. Dabei stellt sich für viele lokale Entscheidungsträger jedoch die zentrale Frage, wie man dieses Thema anpacken sollte. Denn eine ernst gemeinte Strategie für nachhaltige Entwicklung setzt einen gesamtstädtischen Ansatz voraus, der über Einzelprojekte hinausgeht und die lokalen sozioökonomischen Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt stellt. Auf der Suche nach geeigneten Konzepten ist es meist sinnvoll, sich anzusehen, wie andere diese Aufgabe angehen. Der Austausch von Kommunen auf nationaler und internationaler Ebene hat sich daher zu einem bewährten Mittel entwickelt. Denn auch wenn die spezifische Ausgangslage meist sehr unterschiedlich ist, so stehen die Städte dennoch vor vergleichbaren Herausforderungen. Dies gilt insbesondere für die „alten“ Industriestaaten in Europa, allen voran die beiden führenden Wirtschaftsnationen Frankreich und Deutschland.

Vor diesem Hintergrund haben das Deutsch-Französische Institut und die Wüstenrot Stiftung im letzten Jahr ein neues Projekt gestartet, das den grenzüberschreitenden Wissens- und Erfahrungsaustausch zum Thema Nachhaltigkeit fördert und sich in eine Serie von Konsultationen zwischen deutschen und französischen Kommunen zu wichtigen Themen der Urbanistik einreiht. Am 10. und 11. Oktober 2013 fand nun in Berlin ein zweitägiger Workshop statt, bei dem kommunale Entscheidungsträger innovative Ansätze nachhaltiger Stadtentwicklung vorstellten und diskutierten. Die französischen Teilnehmer waren aus Dünkirchen, Lille, Grenoble, Montpellier und Bordeaux angereist. Aus Deutschland beteiligten sich Repräsentanten der Städte Bremen, Dinslaken, Karlsruhe und Ludwigsburg an dem Austausch. Ferner stand ein kurzer vergleichender Blick auf die Situation in Italien am Beispiel der Städte Perugia und Piacenza auf dem Programm. Dabei wurde deutlich, in welchen Spannungsfeldern sich die Kommunen bei dem Versuch bewegen, ökologische, ökonomische und soziale Fragen miteinander in Einklang zu bringen – und welche Anforderungen an die Planungskompetenz und die Kompromissfähigkeit lokaler Akteure daraus resultieren. Die Notwendigkeit effizienter Kooperationsstrukturen stellt insbesondere die französischen Ballungszentren vor große Herausforderungen, weil die in Deutschland erfolgten Gemeindegebietsreformen im Nachbarland ausgeblieben sind und die verschiedenen Entscheidungsebenen in den stattdessen geschaffenen Kommunalverbänden teilweise überlappen, was die Steuerung von Prozessen erschwert.
Ebenso deutlich wurde, dass der politische Wille zur Veränderung, wirtschaftliche Logik und die Interessen der Bewohner mitunter unweigerlich in Konflikt geraten. Doch egal, ob es sich um den Kampf gegen den Flächenfraß, um nachhaltige Mobilität oder um den Energieverbrauch von Gebäuden handelt – Lösungen können letztlich nur gemeinsam mit den Menschen und unter Berücksichtigung ihrer Gewohnheiten erarbeitet werden. Dabei geht es in erster Linie darum, sie für neue Ideen und Konzepte zu begeistern, anstatt nachhaltiges Wirtschaften gewissermaßen zu „verordnen“. Es herrschte Einigkeit darin, dass nachhaltige Stadtentwicklung substanziell dazu beitragen kann (und muss), unsere Städte nicht nur lebens*fähig*, sondern vor allem lebens*wert* zu erhalten, und damit ein zivilisatorisches Erfolgsmodell zukunftsfest zu machen.
Im Nachgang zu der Veranstaltung wird in den folgenden Monaten eine zweisprachige Publikation erstellt, die – ausgehend von einer vergleichenden Analyse – die im Rahmen des Workshops diskutierten Beispiele aus den Kommunen einer ausführlichen Betrachtung unterzieht.

(V. li. n. re.) Laurent Gaillard (Ville de Grenoble), Dominik Grillmayer (dfi), Dr. Stefan Krämer (Wüstenrot Stiftung), Wolfgang Neumann (dfi). Quelle: dfi

Dominik Grillmayer grillmayer@dfi.de

Du hast Ideen zu Umwelt, Mobilität und Partizipation in Europa? Lass sie hören!

Für die Europawahl 2014 ein Kreuzchen setzen kann jeder. Wer denkt aber darüber hinaus? Du machst Dir Gedanken? Du willst die Zukunft Europas mitgestalten? Dann bist Du hier genau richtig!

Mach mit und beteilige Dich am Projekt „Europa nur mit uns!“ der Stadt Ludwigsburg und des Deutsch-Französischen Instituts. Misch Dich ein und entwickle gemeinsam mit anderen jungen Europäern konkrete Konzepte für ein gemeinsames Europa!

Der Startschuss für das Projekt fällt im Januar 2014 in Form eines Auftakttreffens in Ludwigsburg, zu dem alle Teilnehmenden eingeladen werden. Anschließend werden die Themen Umwelt, Mobilität und Partizipation in virtuellen Workshops, unter Einbeziehung von Experten, diskutiert und vertieft. Vor der Europawahl im Mai 2014 findet ein Abschlusstreffen statt, bei dem Ihr Eure Ergebnisse und Vorschläge den Vertretern aus Politik und Medien präsentieren könnt.

So funktioniert’s: Informiere Dich auf unserer Website und melde Dich an
➲ www.europa-nur-mit-uns.eu

Anmeldeschluss ist der 22. November 2013.

Bénédicte King ➲ king@dfi.de

Dokumentation zu den einzelnen Modulen des Projekts „Bildungskoffer“

Die Zeitzeugen der de-Gaulle-Rede in Ludwigsburg, Hannelore Braun und Manfred Kaut, diskutieren mit Schülern. Quelle: dfi

Die Anfänge der Europäischen Einigung – die großen Etappen der deutsch-französischen Verständigung.

2010 hat das Deutsch-Französische Institut (dfi) mit Unterstützung der FEFA und der Robert Bosch Stiftung ein Projekt zur Erinnerungskultur der Aussöhnung begonnen mit dem Ziel, Schüler mit Vertretern der europäischen Gründergeneration zusammen zu bringen. Die Zeitzeugen berichten den Jugendlichen dabei von der Überwindung der Grenzen in den fünfziger und sechziger Jahren, erläutern, warum diese Ereignisse für sie seinerzeit so wichtig waren, und diskutieren mit ihnen über ihre Eindrücke und die damalige Situation. Auf diese Weise werden den Schülern die ursprünglichen Ziele der europäischen Einigung und die fortdauernde Notwendigkeit, sich für sie einzusetzen, nahe gebracht.

Um die Materialien, die zu den verschiedenen Modulen zusammengestellt wurden, unkompliziert weitergeben zu können, wurden diese nun auf einer CD zusammengefasst. Unterlagen zu folgenden Themenkreisen, zu denen auch Zeitzeugen vermittelt werden können, sind enthalten:

- Baden-Baden und die Franzosenzeit
- Charles de Gaulles Rede an die deutsche Jugend 1962
- Das Saarland von 1945 – 1959
- Die Entstehung des Schuman-Plans
- Städtepartnerschaften
- Tübingen und die Franzosenzeit

Quellendokumente und Erläuterungen sollen dabei helfen, Lehrstunden mit Zeitzeugen vorzubereiten, zu strukturieren und zu moderieren.
Die Förderung von Zeitzeugenbegegnungen durch die Robert Bosch Stiftung läuft zum Jahresende aus; bis dahin können noch einige wenige Begegnungen finanziert werden. Gerne stellen wir aber auch künftig den Kontakt zu Zeitzeugen für interessierte Schulklassen und Lehrkräfte her. Bei Interesse wenden Sie sich bitte per E-Mail an ➲ zeitzeugen@dfi.de.
Die Dokumentation zu den verschiedenen Modulen kann gegen eine Gebühr von 5 € auf unserer Website unter der Adresse ➲ http://www.dfi.de/de/Formulare/kontakt_formular_cd_mig.shtml bestellt werden

Martin Villinger ➲ villinger@dfi.de

Büro Paris

Pia Entenmann wurde 1986 in Bad Cannstatt geboren. Sie studierte Romanistik, Anglistik und Geschichte in Stuttgart und Montpellier. Diverse Auslandsaufenthalte führten sie unter anderem nach New York, Brüssel und Paris. Für das Goethe-Institut arbeitet sie seit 2011 als Kulturmanagerin.
Seit September 2013 ist sie zudem Ansprechpartnerin für das dfi in der Außenstelle Paris, wo sie sich insbesondere um die Aktivitäten in Frankreich kümmert.

Pia Entenmann ➲ dfi-paris@dfi.de

Die Villa Frischauer und ihre Geschichte Unbequeme Erinnerung in einer repräsentativen Villa

Führung am Tag des offenen Denkmals im Deutsch-Französischen Institut

An diesem schönen Spätsommertag fand wie jedes Jahr am zweiten Sonntag im September der bundesweite Tag des offenen Denkmals statt. Das Motto des diesjährigen Tages war „Jenseits des Guten und Bösen: Unbequeme Denkmale?“

Familie Frischauer vor ihrer Villa (Fotomontage).

Dieses Thema stellte eine gewisse Herausforderung für jeden Denkmalpfleger dar, barg aber auch viele reizvolle und interessante Aspekte. So wählte ich die Villa Frischauer in Ludwigsburg, heute Sitz des dfi für meine Führung aus, eine repräsentative Villa der Zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, die mit ihrer Geschichte auch für einen Abschnitt unbequemer deutscher Zeitgeschichte steht.

Die Führung sollte um 13:00 Uhr beginnen, doch kurz nach 12:00 Uhr zeichnete sich schon das zu erwartende Interesse durch die Anzahl der Wartenden an der Villa, der Führung und dem dfi ab. Somit begann die erste Führung bereits früher im Außenbereich, damit ein Teil der Besucher zunächst das Innere der Villa besichtigen und ihre Fragen den Mitarbeiter/innen des dfi stellen konnte.

Zunächst sollte das Werk des 1890 in Ludwigsburg geborenen und bis zu seinem Tod hier ansässigen Architekten beleuchtet werden. Otto Eichert hat in vielen Bauwerken, die teils auch unter Schutz gestellt sind, seine Spuren in Ludwigsburg hinterlassen.

Er war Student der Architektur an der Technischen Hochschule Stuttgart. Schnell gehörte er zum ausgesuchten Kreis von Studenten um Paul Bonatz. Bonatz ist als Architekt des Stuttgarter Bahnhofes bekannt, er gehörte neben Schmitthenner und Elsässer zum Kreis der sogenannten „Stuttgarter Schule“, die die Stilrichtung des Traditionalismus’ vertrat. Eichert unternahm nach seinem Studium viele Studienreisen ins Elsass, nach Holland, Belgien und vor allem nach Italien, wobei viele Skizzen und Landschaftszeichnungen entstanden. Aus diesem Fundus schöpfte er in seinen späteren Entwürfen, wie der Erlöserkirche in der Weststadt, eine dreischiffige Basilika mit niederem Glockenturm, die ebenso in einem norditalienschen Dorf stehen könnte. Sein eigenes Wohnhaus, im Stil eines ländlichen Wohnhauses 1923 errichtet, zeigt auch Schmuckelemente wie Reliefs, vergleichbar zur Villa Frischauer, und steht in direkter Nachbarschaft zu ihr.

Den Auftrag zum Bau der Villa bekam Eichert 1923 für das Eckgrundstück in der Asperger Str. 34 von dem Fabrikanten Hans Frischauer. Die Villa gilt als anschauliches Beispiel eines repräsentativen Wohnhauses des gehobenen Bürgertums der Zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts. So erzählte eine ehemalige Nachbarin mir im Laufe der Führung, dass sie als Kind immer so fasziniert war von dem Speiseaufzug im Flur, mit dem die Speisen von der Küche im Untergeschoss zum jeweiligen Geschoss transportiert wurden, um dort vom Hauspersonal entnommen zu werden und um sie der Familie und den zahlreichen Gästen zu servieren.

Das Treppenhaus in der Villa.

Der letzte Teil der Führung befasste sich mit der Familiengeschichte der Familie Frischauer und steht exemplarisch für die Bürger jüdischen Glaubens in Ludwigsburg. 1933 umfasste die jüdische Gemeinde 163 Einwohner. 56 davon kamen bis zum Ende des Dritten Reiches ums Leben, darunter vier der fünf Familienmitglieder der Familie Frischauer.

Die Besucher auf der Terrasse des dfi. Quelle: dfi (alle)

Martina Klopfer, Regierungspräsidium Stuttgart, Landesamt für Denkmalpflege

Deutsch-Französische Sommerschule an der Universität Speyer

Vom 25. bis 29. September 2013 fand an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer eine deutsch-französische Sommerschule anlässlich des 50. Jubiläums des Élysée-Vertrages statt zum Thema „Theorie und Praxis der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Verwaltung und Wissenschaft seit dem Élysee-Vertrag“.

Eröffnung der Sommerschule an der Uni Speyer. Quelle: Pressestelle der Uni Speyer

Die Sommerschule wurde gemeinsam mit der École Nationale d'Administration (ENA) in Straßburg durchgeführt und von der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken finanziert. Als Organisatoren der Sommerschule sind federführend vonseiten der Universität Speyer Prof. Dr. Dr. Karl-Peter Sommermann und die Leiterin des Akademischen Auslandsamts, Frau Dr. Laure Ognois, zu nennen, sowie für die ENA Dr. Farice Larat.

Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Die Universität Speyer blickt auf eine langjährige deutsch-französische Tradition zurück, wurde sie doch bereits 1947, zu einer Zeit, als Speyer noch französische Besatzungszone war, als Pendant zur ENA gegründet mit dem Ziel, qualifizierte Beamte für ein neues Deutschland auszubilden.
Im Fokus der Sommerschule stand die Vertiefung zwischen Praxis und Wissenschaft, basierend auf dem Wunsch, Verwaltungen und Hochschulen international enger zu vernetzen, um den Grundsätzen der Europäischen Union gerecht zu werden.
Ein Highlight der Sommerschule war sicherlich die vom Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, Prof. Dr. Frank Baasner, geleitete Podiumsdiskussion zum Thema „Deutsch-französische Verwaltungszusammenarbeit aus der Perspektive von Austauschbeamten“. Die Podiumsteilnehmer haben in beeindruckender Weise ihre eigenen Erfahrungen als Austauschbeamte geschildert: Bertrand Cadiot als Vertreter des Innenministeriums aus französischer Sicht, Martin Jungius stellvertretend für das Auswärtige Amt in Berlin. Interessant war auch die eher beobachtende Perspektive von Michaela Wiegel, Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die das Phänomen der deutsch-französischen (Verwaltungs-)Zusammenarbeit bereits seit vielen Jahren aufmerksam verfolgt und in zahlreichen Artikeln reflektiert hat. Es wurde intensiv die Frage erörtert, was deutsch-französische Zusammenarbeit heute bedeutet, welchen Stellenwert sie hat. Die Podiumsteilnehmer stimmten darin überein, dass ein sehr dichtes Netz von (persönlichen) Kontakten notwendig ist, damit deutsch-französische Kooperationen gut funktionieren, und dass sie mit Lebendigkeit gefüllt werden müssen, völlig unabhängig von politischen Aktualitäten, eine Art von „gelebter Kooperation“ also. Es gibt zahlreiche Beispiele gut funktionierender Verwaltungskooperationen zwischen Deutschland und Frankreich, die auch den Ansprüchen der Effizienz genügen. Frank Baasner betonte, dass als gemeinsamer Wunsch beider Staaten eine gut organisierte, effizient ausgebildete Beamtenschaft identifiziert werden könne. Seiner Ansicht nach gibt es Erfahrungsschätze, in denen Unterschiede sichtbar werden, aber auch auf Differenzen beruhende Erkenntnisse, die einen (interkulturellen) Mehrwert darstellen. Allerdings gibt es eine Diskrepanz dahingehend, wie Verwaltungsinstanzen im Unterschied zu Unternehmen interkulturelle Erfahrungen verwerten. Problematisch ist hierbei sicherlich, dass Austauschbeamte oftmals ihren über Jahre erworbenen interkulturellen Erfahrungsschatz bedauerlicherweise nicht nutzen können aufgrund von Versetzungen in andere Bereiche oder Länder. Verbesserungswürdig ist daher die Wissens- und Erfahrungssicherung sowie die Weitergabe des Wissens gerade im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperationen. Bedeutend für das Funktionieren von deutsch-französischen bzw. von internationalen Kooperationen allgemein ist ein „gemeinsamer Arbeitsauftrag“, den es optimal auszuführen gilt. Es ist daher umso wichtiger, das Potential von Austauschbeamten an höchster Stelle künftig besser zu nutzen und effiziente und zukunftsorientierte Erkenntnissicherung zu betreiben.

Susanne Gehrig ➲ gehrig@dfi.de

Buchvorstellung in Brüssel

Buchvorstellung in Brüssel. Quelle: dfi

Am 17. September wurde in der saarländischen Landesvertretung in Brüssel der von Stefan Seidendorf und Frank Baasner herausgegebene Sammelband „Jeder für sich oder alle gemeinsam in Europa? Die Debatte über Identität, Wohlstand und die institutionellen Grundlagen der Union“ vorgestellt. Das Buch präsentiert die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das von der ASKO-EUROPA-STIFTUNG und dem dfi durchgeführt wurde.

Frank Baasner ➲ baasner@dfi.de

Delegation der Fondation Nationale Entreprise et Performance beim dfi

Die Delegation der Fondation Nationale Entreprise et Performance (FNEP) wurde 1969 mit dem Ziel gegründet, die Diskussionen zwischen Unternehmen und Gebietskörperschaften in Frankreich zu fördern.

Als Think Tank befasst sich das Gremium mit einem jährlichen Schwerpunkt, der im Rahmen einer Studie im internationalen Kontext bearbeitet wird. Dieses Jahr ist der Schwerpunkt „Vorbeugung und Beherrschung sozialer Risiken: Eine Dimension der Leistungsfähigkeit“. Am 13. September war die Gruppe zu Gast im dfi, um sich über den Umgang mit sozialen Risiken in der deutschen Gesellschaft und Politik zu informieren.

Die Delegation beim dfi. Quelle: dfi

dfi service

Unternehmen und deutsch-französische Beziehungen

Ein verspätetes, aber umso originelleres Geschenk zum 50. Jahrestag des Élysée-vertrages ist jetzt präsentiert worden. Das französische Magazin für Unternehmensgeschichte Histoire d’entreprises widmet ihr Septemberheft 2013 in einer vollständig zweisprachigen Ausgabe den Unternehmen in den deutsch-französischen Beziehungen.

Analysen, Reportagen, Portraits und Interviews behandeln deutsch-französische Vorzeigeunternehmen wie z.B. EADS, Arte oder Villeroy&Boch, aber auch weniger bekannte Kooperationen wie Vallourec und Mannesmann Tubes. Berichte über die Präsenz der französischen Automobilindustrie in Deutschland oder über die Gewerkschaftsbewegung, sowie ein Interview mit dem früheren Stahlchef und Minister Francis Mer über die wirtschaftliche Kooperation beider Länder runden das Heft ab.

Die Zeitschrift ist hervorragend gestaltet und illustriert, die Beiträge sind fundiert und dennoch leicht verständlich geschrieben und vermitteln insgesamt einen lebendigen, vielfältigen Einblick in ein oft nur wenig beachtetes Feld der deutsch-französischen Beziehungen.

Die Unternehmen: Antrieb der deutsch-französischen Beziehung? / Les entreprises, moteurs de la relation franco-allemande? Histoire d’entreprises, Nr. 11, September 2013, 52+52 Seiten, 7,50 €.

Henrik Uterwedde ➲ uterwedde@dfi.de

Termine

25. Oktober
Analyse der Bundestagswahl mit französischen Chefredakteuren, Paris.

5. November
Forum zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt im EuroDistrikt Strasbourg-Ortenau, Strasbourg.

14. – 16. November
Deutsch-Französische Kulturgespräche, Freiburg.

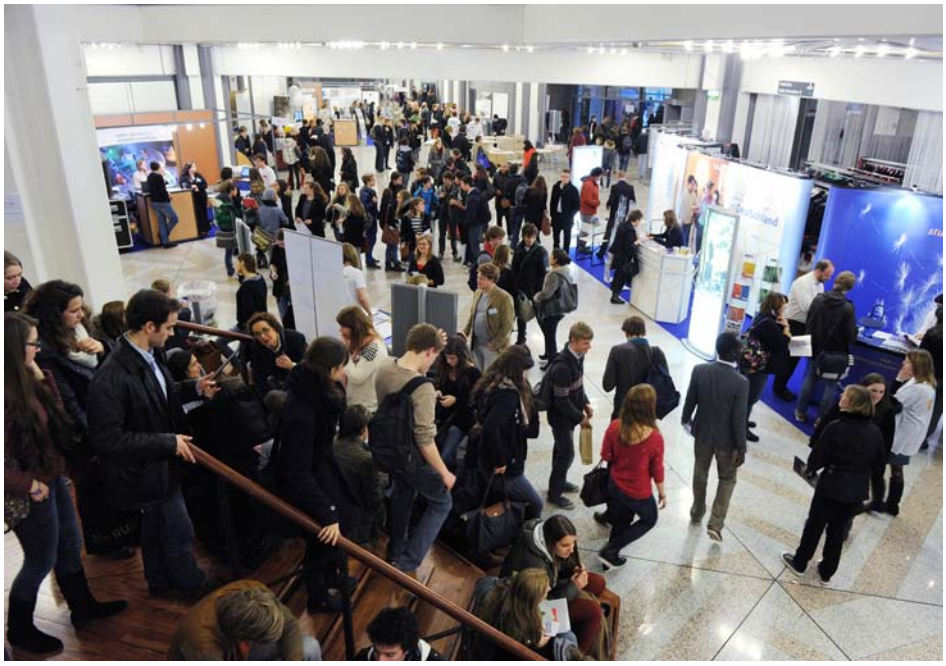
28. November – 2. Dezember
Seminar für Nachwuchsjournalisten aus Deutschland, Frankreich und dem Maghreb, Tunis.

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
➲www.dfi.de
➲info@dfi.de
Redaktion: Waltraut Kruse
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner

Das Forum: deutsch-französisches must-go

Das Deutsch-Französische Forum feiert seine 15. Auflage, auch in diesem Jahr findet die binationale Messe in Straßburg statt. Wenn sich am 22. und 23. November die Türen des Palais de Congrès öffnen, erwarten die Verantwortlichen wieder Tausende Besucher: das Deutsch-Französische Forum hat sich nämlich längst als fester Bestandteil des deutsch-französischen Kalenderjahrs etabliert, für Studieninteressierte, Hochschulen und Unternehmen, die Interesse am Binationalen haben.



Deutsch-Französisches Forum in Straßburg. Quelle: Iris Maurer/UFA-DFH

Die Hochschul- und Forschungsmesse ist die Anlaufstelle für Schüler mit Interesse an einer internationalen Hochschulausbildung, Studenten, die ihre Einstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt optimieren wollen und junge Absolventen, die eine länderübergreifende Karriere planen. Doktoranden und Nachwuchsforscher haben die Möglichkeit, sich mit Vertretern von Forschungsinstitutionen auszutauschen.

Unter der Federführung der Deutsch-Französischen Hochschule bietet das Forum außerdem den idealen Rahmen zum Austausch zwischen Beauftragten der Auslandsabteilungen an Hochschulen sowie zwischen Hochschulprogrammbeauftragten. Mit über 80 ausstellenden Hochschulen und zahlreichen deutsch-französischen Institutionen präsentiert das Forum eine große Vielfalt und bietet auch die Möglichkeit zur Anbahnung zukünftiger deutsch-französischer Hochschulkooperationen.

Neben dem Beratungsangebot durch die Aussteller ist besonders das reichhaltige Rahmenprogramm hervorzuheben: Vorträge, Podiumsdiskussionen und Infostände runden das Angebot ab (weitere Informationen: ➲ http://www.dff-ffa.org/de/messe/rahmenprogramm-2013/).

Die Voraussetzungen sind erfüllt, um aus der Hochschulmesse wieder ein deutsch-französisches Highlight des Herbstes zu machen. Lassen Sie sich das Deutsch-Französische Forum nicht entgehen!

Abschlusserklärung des 58. Jahreskongresses der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften vom 12. bis 15. September in Bonn

Eine deutsch-französische Beziehung aufzubauen und diese mit der Zeit festigen – das war die notwendige Einstellung, um gemeinsam die „Ur-Katastrophen“ des letzten Jahrhunderts zu überwinden. Viele Initiativen und Programme ermutigten die Menschen beider Nationen, aufeinander zuzugehen. Man erinnere sich an Robert Schuman, an den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vor 50 Jahren und an das Deutsch-Französische Jugendwerk.

Trotzdem sind diese Ziele und Vorhaben noch ausbaufähig und verbesserungswürdig. So ist der Anteil der Schüler, die die jeweils andere Sprache an allgemein bildenden Schulen lernen, rückläufig. Die Mittel für die Goetheinstitute und für die Instituts Français wurden gekürzt.

Dies veranlasst die „Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften“ (VDFG) zu neuen und verstärkten Bemühungen, um die Beziehungen zum jeweiligen Partnerland zu bereichern und zu vertiefen. Die Freundschaft muss auf beiden Seiten stetig ausgebaut und weitergeführt werden!

➲ Weitere Informationen
➲ www.vdfg.de